



Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

Bremen, den 25. April 2013

PRESSEMITTEILUNG

Rechnungshof legt Jahresberichte 2013 vor: Bearbeitungsqualität und Transparenz verbessern

„Eine fehlerhafte Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen ist nicht nur ärgerlich, sondern häufig auch teuer,“ so die Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen, Bettina Sokol, anlässlich der Vorstellung der Jahresberichte 2013 für Land und Stadt. Beispielsweise waren im Amt für Soziale Dienste wie auch in den Arbeitnehmerstellen der Finanzämter vielfach Bearbeitungsmängel festzustellen, die sich negativ auf die Finanzlage Bremens auswirken. „Damit gehen allein in diesem Teil des Steuerbereichs Einnahmen in Höhe von jährlich mehr als einer Million Euro verloren,“ sagt Sokol. Durch die vielen nicht oder unzureichend bearbeiteten Fälle auch bei der Hilfe zur Erziehung entstehen Verluste bei Einnahmen sowie Zahlungsrückstände bei Ausgaben, die künftige Haushalte zusätzlich belasten. Die hohe Fehlerhäufigkeit verursacht außerdem vermeidbare Kosten, die allein schon durch den Korrekturbedarf entstehen. Sokol: „Das kann Bremen sich nicht leisten.“

Nur wenn Verfahren und Entscheidungen auch in ihren finanziellen Auswirkungen transparent gestaltet und vorbereitet werden, ist es möglich, annähernd sicher zu planen sowie selbst gesteckte Ziele im Blick zu behalten. So belegen die Feststellungen des Rechnungshofs etwa, dass Ganztagschulen entgegen den festgelegten Zuweisungskriterien und trotz gleichen pädagogischen Auftrags höchst unterschiedlich mit Betreuungskräften ausgestattet sind. Ferner wird die Finanzierung des geplanten Offshore-Terminals in Bremerhaven schon nach den Zahlen der Verwaltung den bremischen Haushalt im Ergebnis länger als dreißig Jahre belasten und damit künftige Gestaltungsmöglichkeiten weiter einengen. Zweifelhaft ist zudem, ob die mit der Umstrukturierung der Informationstechnik verbundenen Ziele einer umfassenden Standardisierung, eines einheitlichen Sicherheitsniveaus und einer Einsparung von Personal in der gesamten Verwaltung erreicht werden können. Vielmehr machen die im geprüften Pilotbereich entstandenen Mehrkosten und Doppelstrukturen bei der IT-Betreuung es erforderlich, Annahmen nochmals zu überprüfen und Planungen zu verbessern.

Außerdem wurden wie im Jahr 2010 auch in den Jahren 2011 und 2012 Einsparquoten und Zielvorgaben beim Personal in einigen Bereichen erneut verfehlt. Demgegenüber hat der Rechnungshof ein Einsparpotenzial von rechnerisch rund 43 Vollzeiteinheiten und damit von rund 2,4 Millionen Euro jährlich allein bei der Personalsachbearbeitung identifiziert. Bettina Sokol: „Für Bremen ist es überlebensnotwendig, alle Einspar- und Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen sowie strikte Ausgabendisziplin zu wahren.“

Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen, Die Präsidentin, Kohlhöckerstr. 29, 28203 Bremen,

Internet: www.rechnungshof.bremen.de

Bei Rückfragen : Susanne Kohn/Caroline Schreiber, Tel. 0421/361-3076/-3440, Fax : 0421/361-3910,

e-mail : susanne.kohn@rechnungshof.bremen.de; caroline.schreiber@rechnungshof.bremen.de